Nummer 7 | Halle, Mittwoch, den 9. Januar 1924 | 59. Jahrgang

Straßenverkauf: 150 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Januar-Postbezugspreis frei Haus beträgt 75 Goldmark. Bezugskündigungen sind stets nur bis Freitags für die kommende Woche zulässig. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431 Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Kretzschmar Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 4659. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Autonome Pfalz.

England gegen die separatistischen Räuberhorden.

Ludwigshafen, 9. Januar. Die pfälzischen Blätter, die die inzwischen zurückgenommene Bekanntmachung des französischen Bezirksdelegierten in Zweibrücken, Oberstleutnant Defoort, vom 4. Januar veröffentlicht hatten, in der er die separatistische „Regierung" der Pfalz als ungesetzlich ablehnt und nur die deutschen Behörden als zu Recht bestehend, anerkennt, sind von der Besatzungsbehörde gezwungen worden, die folgende „Berichtigung" in Fettdruck an der Spitze des Blattes zu bringen:

„Nachdem die Hohe Interalliierte Rheinlandkommission die Verordnungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet worden waren, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Zweibrücker Delegierten vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden."

London, 8. Januar. Offiziösen Informationen zufolge hat die sogenannte Pfalzregierung bei der Rheinlandkommission formelle Anerkennung beantragt. Die Vertreter Frankreichs und Belgiens in der Kommission scheinen bereits die Anerkennung bewilligt zu haben. Die englische Regierung lehnt diesen Schritt als Verletzung des Versailler Instruments ab und beruft sich auf die wiederholten Erklärungen Poincarés, daß Frankreich die separatistische Bestrebung nicht fördern werde. London leitet in Paris, Brüssel und Berlin die nötigen Schritte zur Klärung der Lage ein.

Deutscherseits soll man keine allzu großen Hoffnungen auf diesen englischen Schritt setzen. Es gilt nach wie vor, daß die Deutschen im Rheinland, wie im übrigen Reiche, mit allen Mitteln gegen die separatistische Gefahr ankämpfen müssen. Erwächst ihnen aus der Londoner Aktion eine Unterstützung, so ist eine solche zu begrüßen. Aber trotzdem bleibt die schärfste Wacht gegenüber den sonderbündlerischen Plänen ein Gebot der Stunde.

* * *

Faule Ausreden Belgiens.

London, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Während die französische Regierung zu dem englischen Pfalzprotest noch nicht Stellung genommen hat, verlucht die belgische Regierung ihre Stellung dahin zu begründen, daß der belgische Vertreter nichts weiter getan habe, als die gegebenen Tatsachen örtlicher Verordnungen anzuerkennen. Diese Tatsachen seien aus dem Umstand hervorgegangen, daß die pfälzischen Behörden des Reiches und Bayern die Pfalz verlassen und es den Separatisten überlassen hätten, die Verwaltung durchzuführen. Um Anordnung zu vermeiden, haben die belgische hohe Kommission unter gewissen Vorbehalten der Anerkennung der Verordnungen zugestimmt, die von den vorhandenen Behörden eingereicht worden seien. Diese Auslegung wurde von der englischen Regierung nicht anerkannt, da die Besatzungsbehörden seinerzeit nicht eingegriffen hätten, um die Anordnung zu verhindern, die die Separatisten angerichtet hätten.

Die Industrie und Rechbergs Pläne.

Dr. Sorge über die Gedankengänge Rechbergs.

Berlin, 8. Januar. Der Berliner Vertreter der französischen Zeitung „Echo de Paris" ist an Herrn Direktor Dr. Sorge mit der Bitte herangetreten, sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die von Rechberg in Paris vorgetragenen Pläne zu äußern. Herr Dr. Sorge ist diesem Wunsch nachgekommen und hat in einem längeren Interview nachstehendes zum Ausdruck gebracht: Von der Gepflogenheit, Personenfragen möglichst nicht zu berühren, abweichend, stellte er fest, daß Arnhold Rechberg als maßgebender Industrieller von der deutschen Wirtschaft nicht anerkannt werde. Herr Dr. Sorge stellte dann weiter fest, daß die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrheit, durchaus bereit ist, große Opfer zu bringen für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage und damit des Wiederaufbaus Deutschlands und auch Europas. Wäre das letzte deutsche Reparationsangebot, das sich in seiner Hauptsache auf die praktischen Vorschläge des Reichsverbandes der deutschen Industrie stützte, angenommen worden, so würden wir heute auf dem Wege der Gesundung Europas einen erheblichen Schritt vorangekommen sein und

Frankreichs Interessen wären wesentlich besser gewahrt

geblieben als durch die Ruhrbesetzung und ihre für alle Beteiligten nachteiligen Folgen. Die Ruhrbesetzung, die den finanziellen Ruin Deutschlands nach sich gezogen hat, habe Frankreich irgendwelche Erleichterungen nicht gebracht; auch die Micum-Abkommen würden Frankreich nie die Vorteile bringen, die durch die Annahme der früheren deutschen Vorschläge erreichbar gewesen wären. Zu den Rechbergschen Vorschlägen nahm Herr Dr. Sorge wie folgt Stellung: Sie seien an sich nicht neu und auch von einzelnen Industriellen, sowohl deutschen wie namentlich französisch-belgischen, erörtert worden. Nach Kenntnis des Herrn Dr. Sorge sei eine solche Erörterung immer, jedenfalls von deutscher Seite, von dem Gedanken der Gegenseitigkeit ausgegangen, d. h. die vereinzelten Anhänger solcher Gedanken glaubten eine Verschmelzung der Interessen und damit ein Ausscheiden von internationalen Reibungen dadurch erreichen zu können, daß einerseits eine Beteiligung der alliierten Industrie an den deutschen Werken und andererseits der deutschen Industrie an den alliierten Betrieben versucht werden sollte. Längst sei aber auf allen Seiten, auch auf der alliierten, nach näherem Durchdenken

der Plan als undurchführbar und unzweckmäßig erkannt

worden. Das Verkehrte solcher Gedanken liege ja auch auf der Hand: denn entweder bedeute diese gegenseitige Beteiligung nur eine rein finanzielle Teilnahme an den Gewinnen, und das sei ja schließlich nicht das, was die Verfechter des Gedankens haben wollen, oder sie müsse die Gewinnung eines wesentlichen Einflusses auf die ganze Leitung der industriellen Anlagen bedeuten, was wiederum die Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit wäre. Wollte man aber diesen Eingriff in die wirtschaftliche Selbständigkeit vornehmen, so würde man die Grundlage für die Möglichkeit höchster Leistungsfähigkeit sowohl der deutschen als auch französischen Industrie jedenfalls gefährden, vielleicht zerstören, denn die Industrien der verschiedenen Länder können im beiderseitigen Interesse wohl Hand in Hand arbeiten, aber es liege in der Natur der Dinge, daß jede selbständig sich den Bedürfnissen des eigenen Landes, auch in der Leitung, anpaßt. Der Rechbergsche Plan würde daher nicht zu einem Ausgleich der Differenzen führen, könnte vielmehr leicht zu einem Herd dauernder Beunruhigung werden.

Im Zeichen des Frankenverfalls.

Die Schuld trägt Deutschland.

Paris, 9. Januar. Im Verlaufe des Ministerrates wurde ausführlich zur Währungsfrage Stellung genommen. Bei Ausgang der Sitzung machte der Finanzminister de Lasteyrie den Journalisten ausführliche Angaben und sagte u. a.: daß der wahre Grund des Sturzes der französischen Valuta darin zu erblicken sei, daß seit dem Frieden große Frankenbeträge in die Hände von Ausländern übergegangen wären. Später habe das Sinken der englischen Währung umfangreiche Dollarkäufe herausbeschworen und indirekt den Verkauf von neuen Frankenbeträgen zur Folge gehabt. Diese Franken, so fügte de Lasteyrie hinzu, stellen in den Händen des Auslandes eine Ware dar, deren es sich zur Entwertung der Wechselkurse bedient. Die Deutschen sind auf diesem Gebiete besonders beschlagen und versuchen, die auswärtige Politik Frankreichs zu beeinflussen, um Poincaré zum Verzicht auf seine Aktion an der Ruhr zu bewegen. (!) Zur Hebung der französischen Valuta werden dem Parlament neue Gesetzesvorlagen demnächst unterbreitet werden. Im einzelnen zielt das Programm de Lasteyries darauf ab,

eine genaue Ueberwachung und eventuelle Neuregulierung der Börsengeschäfte zu organisieren und außerdem verdächtigen Personen den Zutritt zu der Börse zu untersagen. Auch sollen die Telegraphenverbindungen der Börse mit dem Auslande künftig streng kontrolliert werden, um die Verbreitung alarmierender Gerüchte zu verhindern.

Dem Parlament wird ein Entwurf zur Verminderung der öffentlichen Ausgaben und Abschaffung des Streichholzmonopols zugehen. Von der Verwirklichung dieser Maßnahmen verspricht sich der Finanzminister jedoch keine sofortige Erholung der französischen Währung. Dafür ist das Gleichnis bezeichnend, das de Lasteyrie zum Schlusse seiner Erklärung ablegte:

„Unsere Finanzlage zerrüttet einzig und allein das Reparationsproblem. Deswegen, weil Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen nicht leistete, haben wir eine Anleihe zur Ausgleichung des Haushaltes aufgenommen. Wenn Poincaré die Rechte Frankreichs verteidigt, so verteidigt er gleichzeitig den Franken."

Paris, 8. Januar. Der Minister des Innern hat auf Veranlassung des Finanzministers einen Ausweisungsbefehl gegen den Holländer Duncen, Vertreter einer auswärtigen Bank, unterzeichnet mit der Begründung, daß Duncen an der Pariser Börse „alarmierende" Bemerkungen über den Frankensturz habe fallen lassen.

Eine programmatische Kammerrede Poincares.

Paris, 9. Januar. „Echo de Paris" teilt mit, daß Poincaré Ende dieser Woche, wahrscheinlich Donnerstag oder Freitag, erneut in der Kammer seine Politik gegenüber dem Reiche auseinandersetzen werde. Der französische Ministerpräsident gedenke insbesondere den Inhalt seiner Antwort auf die deutsche Note vom 24. Dezember darzulegen und zu begründen.

*

Paris, 9. Januar. Am Quai d' Orsay wird mitgeteilt, daß der belgische Antwortentwurf nach einer Meldung des Brüsseler „Matin"-Berichterstatters erst gestern abend, unmittelbar nach der Sitzung des Brüsseler Kabinettsrates, abgesandt worden und bisher noch nicht eingetroffen sei. Diese überraschende Verzögerung läßt vermuten, daß zwischen Brüssel und Paris im letzten Augenblick noch über verschiedene Fragen verhandelt wird. Es wird weiter bestätigt, daß die französisch-belgische Antwortnote gleichzeitig dem Pariser und Brüsseler deutschen Geschäftsträger überreicht werden soll.

Ablehnung der Rheingoldbank.

Die Frage der Hypothekenaufwertung.

Berlin, 9. Januar. Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts über die Frage der rheinischen Goldnotenbank haben eine Bestätigung des bisherigen Standpunktes der Regierung ergeben. Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt worden. da die Reichsregierung die Absicht hat, heute oder morgen Rücksprache mit den Persönlichkeiten zu führen, die als Gründer der Bank in Frage kommen, in erster Linie mit Louis Hagen. Auf Grund dieser Aussprache werden diese Herren mit den Besatzungsbehörden erneut Fühlung nehmen. Sollte unter besonderem französischen Druck die Gründung der Bank erzwungen werden, so käme nur die Beteiligung von französischem und belgischem Kapital sowie wahrscheinlich einem gewissen Teil des deutschen Privatkapitals in Betracht. Die Reichsregierung sieht sich zurzeit nicht in der Lage, ihre Zustimmung zu der Gründung zu erteilen.

*

Berlin, 9. Januar (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem das Reichskabinett gestern zur Frage der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank Stellung genommen hat, finden heute und in den nächsten Tagen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Schöpfern dieses Planes statt. Kommerzienrat Louis Hagen befindet sich mit anderen Mitgliedern des Gründungskonsortiums heute in Berlin, um den vorerwähnten Bescheid der Reichsregierung entgegenzunehmen.

Köln, 8. Januar. Wie die „Kölnische Volkszeitung" hört, kann die ursprünglich beabsichtigte Regelung der Frage der Hypothekenaufwertung als völlig aufgegeben angesehen werden. Reichsfinanzminister Dr. Luther arbeitet bereits an einer neuen Verordnung, die sich von der seinerzeit in Aussicht genommenen erheblich unterscheiden wird

Die Labour Party.

Der Umschwung in der englischen Parlamentsregierung.

London, 9. Januar. Die erste Sitze der Politik, die die Arbeiterpartei im neuen Unterhause und, falls sie an die Regierung kommen sollte, von dieser Stellung aus befolgen wird, vermittelte Ramsay Macdonald gestern abend in der Albert-Hall in einer Versammlung der Partei-Exekutive. Er führte u. a. aus: Die Arbeiterregierung wolle lediglich die Not der Zeit lindern. Der Fortschritt könne nur in langsamer Entwicklung erreicht werden. Macdonald trat ferner für den Frieden nach außen und Einheit nach innen ein. Wegen einer Arbeiterregierung brauche kein Mensch in England sein Kapital ins Ausland zu schaffen. Um den Frieden in Europa endgültig herzustellen, wolle die Arbeiterpartei sich an alle Männer und Frauen der ganzen Welt wenden, die gegen eine Wiederholung des Weltkrieges seien. Als erste Voraussetzung für die Verwirklichung seines Programms sieht Macdonald das Aufhören des Wettrüstens an. Die Zwistigkeiten zwischen Frankreich und England müßten endlich aufhören. Zu einer großzügigen Organisation, die so beschaffen ist, daß es jeder Großmacht möglich sei, ihr die strittigen Fragen zu unterbreiten, müßte der Völkerbund ausgebaut werden.

Die englische Presse ist zurzeit das getreue Spiegelbild der innen- und außenpolitischen Lage des Landes. Was immer über die nächste Zukunft prokelt wird, es drückt eine Ungewißheit aus, die durch das Bewußtsein über die diplomatischen Fehlschläge und Mißgriffe der letzten Jahre noch gesteigert wird. Am 14. Januar wird üblicherweise die Thronrede steigen, wozu sich in ebenso üblicherweise Reden und Verhandlungen schließen, um mit der Befestigung oder dem Sturz der Regierung Baldwin zu enden. Alle Zeichendeuter stimmen darin überein, daß die Tage der Regierung Baldwin gezählt seien, während über das, was dann kommen muß, das Rätselraten kein Ende nehmen will. Stürzt Baldwin, so muß der König nach überliefertem Brauch den Führer der Opposition berufen. Und wenn Ramsey Macdonald zum Schluß der Audienz dem König die Hand küßt, dann hat er auch den Auftrag der Regierungsbildung in der Tasche. Tatsächlich ist die Möglichkeit unmittelbar nahegerückt, daß der Führer der Arbeiterpartei Ministerpräsident wird. Allein was ist die Arbeiterpartei?

In Deutschland wird namentlich in sozialistischen Blättern viel über eine englische Arbeiterregierung geschrieben. Das soll ein Trost in Tränen sein, weil die Sozialdemokratie in Deutschland buchstäblich auf dem scharfgeschliffenen Rasiermesser sitzt, auf dem sie nicht nur abwärts rutscht, sondern sich wahrscheinlich auch selbst halbiert. Nun ist die englische Arbeiterpartei nichts weniger als eine englische Ausgabe der Sozialdemokratie. Was sich heute Labour Party nennt, ist dem geschichtlichen Werden nach nichts weniger als eine geistig und politisch einheitliche und geschlossene Partei. Die Labour Party hat nicht nur die ehemaligen Unabhängigen aufgenommen, deren Führer vor dem Kriege der Sozialist Keir Hardie war, sondern auch die sogenannte Arbeiterpartei, die seinerzeit unter John Burns nichts andres war, als der linke Flügel der Liberalen.

Es ist weiter zu beachten, daß die stärksten geistigen Kräfte der Labour Party noch immer die Fabier sind, auf die die schablonenmäßige Anwendung oder Bezeichnung einer marxistisch-sozialistischen Gruppe überhaupt nicht paßt. Soweit es sich um Marxisten im strengen Sinne handelt, also parteimäßig nur die Reste der ehemaligen Unabhängigen, dürfte mäßig nur die Reste der ehemaligen Unabhängigen, dürfte ihr Einfluß und ihr Einfluß in der Labour Party nicht einmal vorwiegen. Schon der Wechsel in der Führerschaft nach den Wahlen von 1922 deutete darauf hin, daß sich Teile der Labour Party nicht unbedingt unter dem sozialistisch-marxistischen Banner sammeln wollten. Wenn aber Ramsey Macdonald die Regierungsbildung übernehmen muß, ist er in seinen Entschlüssen nicht einmal in Hinsicht auf seine eigene Partei frei und sicher. Daß es ihm gelingen könnte, auf der schmalen parlamentarischen Grundlage seiner Partei das Regierungsschiff lange zu führen, ist wenig wahrscheinlich, es sei denn, daß Liberale und Konservative sich geheim oder offen dahin verständigen, die Labour Party einmal gründlich abwirtschaften zu lassen.

Nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch. Es muß davor gewarnt werden, in der englischen Politik einen Meilenstein zu setzen, wenn Ramsey Macdonald tatsächlich in Whitehall einziehen sollte. Vor allem gilt dies für das Wiederherstellungsproblem, das auch Macdonald mehr als Engländer, denn als sozialistischer Weltbürger sieht. Dem Engländer brennt das Problem nur soweit auf den Nägeln, als die außenpolitische Entwicklung England aus Europa fast ausgeschaltet hat. Lloyd George, Bonar Law und Baldwin haben gleichermaßen dazu beigetragen, am meisten Lloyd George, dessen stärkster diplomatischer Triumph, die Taqung in Genua, von Poincare kurz und klein geschlagen wurde. Daß Ramsey Macdonald das überlegene diplomatische Genie ist, das vermag, die verfahrene politische Lage Englands wieder einzurenken, das glauben weder seine Anhänger noch seine Gegner.

Poincare hat den Posten Macdonald sofort in seine Rechnung gestellt, als er sich scheinbar einer Verständigung mit Deutschland geneigt zeigte, die die Engländer schon aus wirtschaftlichen Gründen mehr fürchten, als den doch nur kurz bemessenen Kreuzweg einer „Arbeiterregierung". Es werden nicht allzuviel wirkliche Arbeiter darin sitzen, ganz sicher aber keine ausgesprochenen Marxisten, zumal der Marxismus für die Engländer eher eine politische Gewaltlehre im Stil des Chartismus ist, als ein wirtschaftliches und soziales Umwälzungsproblem. In der Schwäche der parlamentarischen Stellung Macdonalds liegt für England die viel größere Gefahr, daß sie das Uebergewicht Frankreichs in Europa wenigstens noch steigert. Das wissen auch die Führer der Konservativen und Liberalen, die diese Gefahr in den Kauf nehmen, weil sie hoffen, daß neue diplomatische Niederlagen Englands, die dann auf das Schuldkonto der Arbeiterregierung zu verbuchen sind,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240109010/fragment/page=0001

die englischen Wähler ernüchtern werden. Neuwahlen müssen in absehbarer Zeit kommen, vielleicht sogar eher, als sich heute voraussehen läßt. Dann aber hat die Anziehungskraft der Labour Party einen Stoß erlitten, der sich bei den Neuwahlen insofern auswirken kann, als die beiden alten Parteien in der Hauptsache wieder allein um die Stimmen der Wähler ringen können.

*

London, 9. Januar. Die Mitglieder des neuen Unterhauses haben sich gestern zur Wahl des Sprechers versammelt. Whitley wurde einstimmig wiedergewählt. Am 15. Januar wird der König das Parlament mit einer Thronrede eröffnen. Wie aus Kreisen der Arbeiterpartei verlautet, zeigte die der Rede Macdonalds gefolgte Diskussion die einhellige Uebereinstimmung der Partei mit dem Führer, insbesondere mit seiner Ansicht, daß jetzt jede radikale Maßnahme vermieden werde und daß alles getan werden müsse, um das Vertrauen des englischen Volkes zu festigen.

London, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die liberale „Westminster Gazette" erklärt sich mit dem Aktionsprogramm der Arbeiterpartei einverstanden. Gelinge es Ramsay Macdonald, den Frieden zu bringen und die Arbeitslosen Ruhe und Arbeit durchzuführen, so werde das Experiment, eine Arbeiterregierung als Minderheitsregierung ins Leben zu rufen, politisch gerechtfertigt sein.

Reich und Länder.

Der Kanzler über die bayerische Denkschrift.

Berlin, 9. Januar. In einer Unterredung, die Reichskanzler Marx dem Chefredakteur der „Braunschweiger Staatszeitung" gewährte, führte er u. a. folgendes aus: Was den Gedanken einer Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft, so werden wir der Erörterung dieser an und für sich wichtigen Dinge natürlich auch im jetzigen Sturmlauf der Dinge nicht aus dem Wege gehen. Ich habe es ja bereits in der Rede vom 4. Dezember vorigen Jahres lebhaft beklagt, daß das Verhältnis zwischen Reich und Einzelländern in vielfacher Beziehung gestört ist. Ich habe damals das Versprechen abgegeben, eine Klärung dieses Verhältnisses zu versuchen und womöglich herbeizuführen. An dieser Aufgabe halte ich fest, und ich hoffe, daß sie sich mit um so weniger Schwierigkeiten durchführen läßt, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einmütigkeit aller Stämme bei den Gefahren, die uns von außen und innen bedrohen, in letzter Zeit gewachsen ist.

In erster Linie kommt als dringendste Frage eine Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Ländern in Frage. Hierzu sind die Vorarbeiten im Gange. Der Herr Reichsfinanzminister hat zu diesem Zwecke auch bereits mit den Ländern Fühlung genommen.

Haben die finanziellen Beziehungen zwischen Reich und den Ländern eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Regelung erfahren, so wird erforderlichenfalls in eine Prüfung der weiteren innerdeutschen staatspolitischen Probleme eingetreten. Aber, wie gesagt, bei allen diesen Fragen, so wichtig sie auch sein mögen, darf man doch nicht vergessen, daß die Einheit der Nation unser höchstes Gut ist, das aufrecht zu erhalten das dringendste Gebot der Stunde ist.

Die thüringische Frage.

Berlin, 9. Januar. Die Verhandlungen mit den Vertretern der thüringischen Regierung, die sich zurzeit in Berlin befinden, sind gestern nachmittag fortgesetzt worden. Das Reichskabinett hat in der thüringischen Frage eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die in den Besprechungen den Vertretern Thüringens mitgeteilt worden sind. Es besteht die Hoffnung, daß die thüringischen Fragen restlos erledigt wird.

*

Weimar, 8. Januar. Nach langen schwierigen Verhandlungen ist es am Montagabend gelungen, die Beratungen über die ersten zehn Sitze der Einheitsliste des Ordnungsbundes in den vier Wahlkreisen des Landes Thüringens zum Abschluß zu bringen.

Der Prozeß gegen Hitler und Genossen.

München, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Erkundigungen der Münchener Neuesten Nachrichten an zuständiger Stelle hat der Umfang des Verfahrens gegen Hitler und Genossen die Anklagebehörde veranlaßt, den Prozeß zu teilen. Die Anklageschrift für den Hauptprozeß ist fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen dem Volksgericht eingereicht werden. Dieses Verfahren wird sich auf 8 bis 10 Tage erstrecken. Es ist anzunehmen, daß der Hauptprozeß noch Ende Januar beginnt.

Die Strafrechtsreform.

Berlin, 9. Januar. Die gestern im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege stellt das ganze bisherige Strafverfahren um. Dies geschieht in zwei Abschnitten. Vom 15. Januar bis 31. März fallen die Schwurgerichte fort; an ihre Stelle treten die Strafkammern, die Privatklagesachen rügen, die Berufung bei Uebertretungen und Vergehen ist unzulässig, wenn auf Freisprechung oder Geldstrafe erkannt ist. Vom 15. Februar ab entscheiden die Oberlandesgerichte in der Besetzung mit drei, die Reichsgerichte mit fünf, statt bisher mit fünf und sieben Richtern. Ab 1. April werden die Strafgerichte neu geordnet. Die erste Instanz bildet der Amtsrichter allein oder mit Zuziehung von zwei Schöffen (für die bisherigen Strafkammersachen) oder das große Schöffengericht (für die Schwurgerichtssachen), bestehend aus drei Berufsrichtern und sechs Geschworenen, die gemeinschaftlich über Schuld und Straffrage entscheiden. Die Strafkammern fallen als erstinstanzliches Gericht fort, bei den Landgerichten wird die Kleine Strafkammer (Richter und zwei Schöffen) als Berufungsgericht gegenüber dem Amtsgericht und die Große Strafkammer als Berufungsgericht gegenüber dem Schöffengericht gebildet.

Generalstreikgefahr im Düsseldorfer Bezirk.

Düsseldorf, 9. Januar. Die Streikbewegung im Bezirk Düsseldorf hat gestern verschärfte Formen angenommen. Am Nachmittag veranstalteten die Ausständigen in verschiedenen Gegenden Umzüge durch die Straßen zwecks Propaganda für den Generalstreik. Die Bewegung hat von der Metallindustrie ausgehend bereits auf verschiedene andere Industrien übergegriffen, und es ist immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen, daß heute tatsächlich im Bezirk Düsseldorf der Generalstreik, der sich nach den Ankündigungen der Streikführer auch auf die lebenswichtigen Betriebe erstrecken soll, eintreten wird.

Schachts Pläne und das Ausland.

Berlin, 9. Januar. Von amtlicher Stelle wird mitgeteilt, daß Dr. Schacht demnächst vor Vertretern der Presse über seine Auslandsreise Bericht erstatten wird. Soviel jetzt könne mitgeteilt werden, daß man im Auslande die Gründung eines Zentralnoteninstitutes zur völligen Sanierung der deutschen Finanzen als außerordentlich wichtig betrachte und den entsprechenden Plänen Dr. Schachts ein Interesse entgegenbringe, das vom deutschen Standpunkt immerhin als befriedigend angesehen werden könne. Hierzu wird aus Bankkreisen berichtet, daß in der englischen Großfinanz die Ansichten über die Rolle, die England bei der Sanierung der deutschen Finanzen und Währung spielen könne, sehr geteilt seien. Es scheint, als ob die Aufnahme der deutschen Goldanleiheemission an die Dollarverpflichtung in London eine gewisse Verstimmung hervorgerufen habe.

Kommunistisches Mißtrauensvotum gegen Held. Die sächsischen Kommunisten haben heute beschlossen, im Landtage einen Mißtrauensantrag gegen das neue Kabinett Held einzubringen. Er wird geschäftsordnungsgemäß am 17. Januar zur Verhandlung kommen und voraussichtlich abgelehnt werden.

Ausweisung der Düsseldorfer freigesprochenen Angeklagten. Die im Düsseldorfer Schupoprozeß freigesprochenen Angeklagten haben sämtlich von der französischen Behörde den Ausweisungsbefehl erhalten.

General Ludendorff Reichstagskandidat? Die völkischen Verbände und Gruppen Bayerns haben sich für die kommenden Landtags- und Reichstagswahlen zu einem völkischen Block zusammengeschlossen. Aus einem Begrüßungstelegramm an den General Ludendorff wird geschlossen, daß der völkische Block beabsichtigt, General Ludendorff zu seinem Führer zu machen und als Kandidaten für den Reichstag aufzustellen.

Das Attentat auf Kemal Pascha. Es bestätigt sich nunmehr, daß in Smyrna ein Attentat auf Mustafa Kemal Pascha verübt worden ist. Ein junger Unbekannter ließ sich bei ihm melden, wurde vorgelassen und warf sodann eine Handgranate. Die Natur der Verletzungen, die die Gattin Kemal Paschas dabei davongetragen hat, steht noch nicht fest.

Wilson will wieder am politischen Leben teilnehmen. Der Expräsident Wilson hat an seine frühere Parteigenossen in Pittsburg gedrahtet, und angeboten, die Führung der Partei wieder zu übernehmen.

Weitere Erfolge der mexikanischen Aufständischen. Die Allgemeine mexikanische Petroleumgesellschaft teilt mit, daß die mexikanischen Rebellen ihre Petroleumfelder bei Tierra Blana besetzt haben. 40 000 Petroleumfässer wurden von ihnen erbeutet. In Washington verlautet, daß die amerikanische Regierung mit dem Gedanken umgehe, zum Schutze der amerikanischen Interessen Kriegsschiffe nach Mexiko zu entsenden.

Das Komplott gegen das japanische Kaiserhaus. Einer Hasmeldung zufolge, werden immer neue Anzeichen einer gegen das japanische Kaiserhaus gerichteten Verschwörung aufgedeckt. Zuletzt hätte man in Schanghai ein Komplott entdeckt, welches darauf hinausging, den Prinzregenten am Tage seiner Verheiratung zu ermorden. Es sollen sehr strenge Maßnahmen zur Verhütung neuer Attentate ergriffen werden.

Die Arbeitszeit im Auslande.

Was die deutsche Sozialdemokratie verschweigt.

Die Schweizerische Regierung hat vor kurzem amtliche Ermittlungen über die Arbeitszeit im Auslande angestellt und veröffentlicht, die zu der interessanten Feststellung führen, daß der Achtstundentag gerade in den wirtschaftlich gesunden Ländern entweder nicht eingeführt ist, oder daß er sich dort nicht bewährt hat. Im Einzelnen hat sich folgendes ergeben: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Japan und Dänemark haben keine gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitszeit eingeführt. In England wird zu 80 Prozent auf freiwerkähnlicher Basis von 47 bis 48 Wochenstunden plus Ueberstunden je nach Beschäftigungsgrad gearbeitet; so erstreckt sich die Arbeitszeit in der Maschinenindustrie bis zu 56 Stunden, in der Buchdruckerei bis zu 54 Stunden, in der Textilindustrie auf genau 55 Stunden pro Woche. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Gesetzesbundenheit bei den 48 Einzelstaaten. Hier von diesen Staaten haben die Arbeitszeit gesetzlich geregelt: Carolina 55 Wochenstunden, Georgia 60 Wochenstunden, Mississippi 60 Wochenstunden und Oregon 60 Wochenstunden. In der nur wenigen von den übrigen 44 Staaten beträgt die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich in vielen und großen Industriegruppen jedoch 10 bis 16 Stunden pro Tag und 60 bis 65, teilweise bis 72 Stunden pro Woche bei einer sechs- bis siebentägigen Arbeitswoche. In Industriegruppen mit ununterbrochenem Betrieb (z. B. in der Schwerindustrie) wird meist mit 2 Schichten zu je 12 Stunden gearbeitet. In Japan betrug die durchschnittliche Arbeitszeit nach amtlichen Feststellungen in 150 Werken von Osaka 9 Stunden 10 Minuten pro Arbeitstag. In der Schiffbauindustrie soll 9 bis 9¼ Stunden und in der Textilindustrie in der chemischen Industrie regelmäßig mit zwei Schichten von je 12 Stunden gearbeitet werden.

Die Staaten Frankreich, Belgien, Holland, Italien, Südslawien, Norwegen, Schweden, Oesterreich, Polen, Spanien und Deutschland haben ein Arbeitszeitgesetz. Frankreich hat das Prinzip der 48-Stundenwoche mit dauernden oder vorübergehenden Abweichungen. In der Seidenindustrie sind 250 Ueberstunden im Jahr (oder 5 Ueberstunden pro Woche) vorgesehen. In der Metallgewinnindustrie 100 Stunden Ueberzeit und 100 Stunden mit Bewilligung, ferner 1 bis 2 Stunden im Tag über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus für besondere Verrichtungen. Für alle Fälle aber besteht die Vorschrift, daß die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden nicht übersteigen darf. Belgien hat das Prinzip der 48-Stundenwoche jedoch mit so zahlreichen Ausnahmen, daß der Achtstundentag praktisch so gut wie nirgend durchgeführt wird. Im Frühjahr 1922 setzte der Conseil supérieur du travail du Belgique 300 Ueberstunden im Jahre zur Nachholung ausgefallener Arbeitsstunden fest. In Holland gilt das Prinzip des 8½-Stundentages jedoch mit Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden im Tag und 57 Stunden in der Woche für eine Reihe von Arbeiten. Italien hat das Prinzip des Achtstundentages, es kann jedoch ohne Einholung einer Erlaubnis durch einfache Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegen Lohnzuschlag von 10 Prozent mit Ueberzeit bis zu 2 Stunden im Tage und bis zu 12 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Südslawien hat das Prinzip der 48-Stundenwoche mit Verlängerung um zwei Stunden im Tag, wenn vierfünftel der Arbeiter dafür stimmen. Norwegen hat das Prinzip des 8½-Stundentages. Schweden hat das Prinzip der 48-Stundenwoche mit Zulassung von 50 Ueberstunden pro Monat oder 200 im Jahr ohne Bewilligung, weitere 30 im Monat oder 150 im Jahr mit Bewilligung. Maximalarbeitstag 9 Stunden. Oesterreich hat das Prinzip der 48-Stundenwoche mit der Möglichkeit der Arbeitszeitverlängerung durch den Abschluß von Kollektiv- oder Einzelverträgen. Ueberzeitarbeit bis zwei Stunden täglich. Polen hat den 8-Stundentag, Sonnabend 6 Stunden,, Wochenmaximum 46 Stunden. In außerordentlichen Fällen Ueberzeit bis 4 Stunden täglich, bis 120 Stunden im Jahr. Für Handel und Verkauf normale Arbeitszeit täglich 10 Stunden. Spanien hat das Prinzip der 48-Stundenwoche mit vielerlei Bestimmungen über Ueberstunden. Nicht unterstellt sind dem Gesetz: Spinnindustrie, Großeisen, Hüttenwerke, Fuhrgewerbe, Hufschmiede, Landwirtschaft, Gartenbau, Wein- und Obstbereitung.

Arbeitszeitverlängerung in der Kaliindustrie.

Berlin, 9. Januar. Die vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungskammer hat in der Kaliindustrie mit Zustimmung sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer in einem Schiedsspruch die Arbeitszeit unter Tage vom Beginn der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt auf acht Stunden festgesetzt. Ueber Tage ist die Arbeitszeit der unmittelbar mit der eigentlichen Schachtförderung zusammenhängenden Teile der Belegschaft gleich der Arbeitszeit unter Tage. Im übrigen beträgt die reine Arbeitszeit zehn Stunden. Wenn die Arbeitsstellen besonders ungünstige Arbeitsbedingungen aufweisen, wo also vor dem Kriege weniger als zehn Stunden gearbeitet worden ist, wird diese Arbeitszeit beibehalten. Die im Tarifvertrag vorgesehene Gewährung von Ueberstundenzuschlägen findet auf diese Mehrarbeit keine Anwendung. Dafür sind die regelmäßigen Schichtlöhne zu erhöhen.

Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein.

Roman von Erica Grupe-Pötcher.

(59. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Sie durchschritten das Städtchen, das mit seinen alten Stadttoren, den gewundenen Gassen und malerischen Häusern, mit den Vorbauten und Erkern und Hausmalereien an die mittelalterlichen Städte Schwabens und Bayerns lebhaft erinnerte. Die Straßen waren still. Der Tag begann sich zu neigen. Drinnen in den Häusern regten sich die Hände, um zum einziehenden Weihnachtsfest zu rüsten.

Denn wurde die Umgebung ländlicher. Scheunen ragten neben spitzgiebeligen Bauernhäusern in malerischem Fachwerk im Charakter eines unlieugbaren Wohlstandes auf. Ab und zu huschte ein Bauernmädel in der malerischen Tracht und Schlupfhaube über die verschneite Dorfstraße zum Brunnen hinaus.

Seit einigen Tagen breitete sich die erste Schneedecke über das Land. Mit weißem Haupte reckte sich unmittelbar vor den beiden Freunden der Odilienberg auf. In schmaler dunkler Linie war von unten aus ein Teil des alten Frauenklosters zu St. Odilien sichtbar. Der frühe Wintertag ging zu Ende. Graue zarte Schatten kamen von den Berghöhen rings und senkten sich über das Tal. Der Heiligabend stieg auf die Erde herab.

Am Fuße einer Berghöhe gelegen, nahm das Landhaus den Gast auf. Breit und wuchtig und in geraden, schlichten Linien lag es da, mit breiten hellen Fenstern, ein Teil des Daches mit Rosengerank umsponnen. An einer Seite von einigen hohen alten Kastanien überschattet. Alle die zahlreichen Rosenbüsche des Vorgartens standen gereift und mit Hüllen umwickelt. Dürr die Zweige der Büsche und Bäume. Nur in einer Ecke stand eine Tannengruppe in ihren charakteristischen Konturen und unveränderlichen ernsten Grün, und um ein Stückchen alter Mauerreste schlang der immergrüne Efeu seine tausendfältigen feinen Arme.

Niemand begegnete den beiden Freunden, als sie in der Vorhalle unter der kostbaren Sammlung von Geweihen abgelegt und die Flucht von Zimmern betraten, welche der Vorderseite des Hauses zulag. Wenzer liebte die Einsamkeit, er schätzte die Menschen im ganzen ziemlich tief ein. Nicht viele aus seinem Straßburger Bekanntenkreise konnten sich rühmen, Gast auf dem Landbesitz von Wenzer am Fuße des Odilienberges gewesen zu sein. Die Dienstboten, die er sich mit Sorgfalt wählte und nach Bewährung lange behielt, waren geschult: ihre Arbeit möglichst geräuschlos und unsehen zu verrichten.

Raymund blieb nach einigen Schritten überrascht stehen. Er war oft hier im Hause gewesen. So bemerkte er sofort die mancherlei Veränderungen, welche im Laufe der letzten Woche vom Besitzer vorgenommen waren. Eine ganze Zimmereinrichtung in wertvoller eichener Schnitzerei, aus der Renaissancezeit des Elsasses stammend, war vom Stadthaus aus Straßburg hierher gebracht worden. — „Ich werde es einrichten, so wenig wie möglich in die Stadt hineinzufahren," erklärte Wenger und schritt mit seinen langsamen großen starken Schritten über die eichenen Bohlen des Fußbodens, „es ist mir zuwider genug, all die französischen Köppis die Straßen überfluten zu sehen, die Marseillaise mir an die Fensterscheiben hämmern zu hören und verfolgen zu müssen, wie der elsässische Geschäftsmann an die Wand gedrückt wird, weil zahllose Filialen von Firmen aus Paris mit ihrer Devise: „Chic de Paris!" ihre Köder auswerfen! Und bei der ganzen Liebischen Anmaßung der französischen Behörde stehe ich stündlich vor der Möglichkeit: irgendeinen französischen Offizier mit mehr oder weniger legitimem Anhang zwangsweise in mein Stadthaus aufzunehmen und ihm meine Zimmer zur Verfügung stellen zu müssen. — Da ich gerade die französische „Sauberkeit" von Frankreich her an Ort und Stelle kenne, ziehe ich es vor: das Wertvollste meiner Einrichtung hierher raus zu nehmen, ehe es mir drinnen verdorben wird!"

Er ging durch das Zimmer und drehte an der Wand den dunklen Knopf. Ein gedämpfter, freundlicher Schein fiel plötzlich aus den milchweißen Birnen, die das altertümliche „Leuchtweibchen", auf einem Geweih in der Mitte des Raumes hängend trug. Nun tauchten auch deutlicher die herrlichen alten Schnitzereien an den alten Möbeln auf, die man eben nur noch in ihren Konturen zu erkennen vermochte. Wenger schritt auf eine massive, vom Alter dunkelgebeizte Eichentruhe zu und schloß sie auf. Er hob einige Kleidungsstücke empor.

„Wenn jetzt der richtige Winter mit seiner Einsamkeit und Stille kommt, dann hole ich mir all die Trachten heraus, die ich mir am Laufe der Jahre in den verschiedenen Dörfern gesammelt und gekauft habe! Jedes Stück ist echt!"

Was alles breitete sich nicht vor Raymund auf! Die Spitzhaube der jungen unverheirateten Bäuerinnen mit dem pfirsichroten Bandschlüpfchen, die ernsten Hauben der Verheirateten, die unendlich weiten, in dichte Falten zusammengehaltenen starken Frauenröcke, die wogenden zusammengehaltenen pfirsichroten, mit Samtbändern am Saume geschmückten der Jungen. Die schön mit Flittern auf Sammet bestickten dreieckigen „Vorlecks" über dem blütenweißen selbstgesponnenen Blusenhemd. Und von den Männern die hohen engen schwarzen und grauen Zylinderhüte aus Urgroßmutters Zeiten, der langschößige Sonntags-Mutzen mit seinen Reihen goldener Knöpfe. Und die flachen Dreimaster, kleidsam an einer Ecke hoch geklappt und mit einem Kokardentupf gehalten.

Eine kostbare echte Tracht, deren Schlauftlappe in breiter hellgeblümter Seidenschleife etwas Besonderes hat, hob Wenger jetzt empor und betrachtete sie stumm. „Kennst du das noch?" fragte er den Freund. „Weißt du noch, wie Melusine dieses Kostüm auf dem Ballabend damals trug, als sie mit mir als Mehmaid den Zug eröffnete?"

Er neigte sich zur Truhe herab und legte das Gewand mit der Haube langsam und sorgfältig wieder hinein: „Damals — ja, an jenem Abend hatte ich fest gehofft, sie würde mir die Möglichkeit zu einer Erklärung geben. Aber immer wieder entglitt sie mir."

Die Worte brannten in Raymund. Sein Blick streifte den Freund. Sonderbar, warum ging Melusine in ihrer Neigung immer an diesem prächtigen Manne vorüber? Wer in diese großen, starken, klaren Züge sah, diese klugen ruhigen Augen, über welche sich starke dunkelblonde Augenbrauen formten, der gewann das unbedingte Gefühl: sich in den Charakter dieses Mannes einbetten, in ihm Ruhe finden zu können. Kraftvolle, übersichtliche Ruhe, Ausgeglichenheit, die sein Kinderzeit im sicheren Besitz und dem Bewußtsein der Bodenständigkeit verankert, verwurzelt war. Die nichts Fremdes zum Schmucke und zur Ausgestaltung des Lebens brauchte. Die genug fand am Reichtum der eignen Heimat.

Raymund griff unwillkürlich an seine Brusttasche. In ihr knisterten einige Briefe: „Ich habe auch noch Wichtiges wegen Melusine mit dir zu besprechen, Fritz. Es sind einige Mitteilungen vom Detektiv eingetroffen. Diejenigen aus Desay lauten nicht gerade günstig über Bounier. Aber auch bei den Nachforschungen aus seiner Heimatstadt aus der Provence stellt es sich heraus, daß sein Vater nicht daran denkt, Professor an einer Universität zu sein, sondern er ist in dem mittelgroßen Nest ein ganz mittlerer Schulmeister. Ich habe mich also nicht in meinem Urteil getäuscht, wenn ich neulich Melusine sagte: daß diesem unverkennbaren Bounier der unverkennbare Stempel kleinbürgerlichster französischer Provinz anhaftet — und die ist reaktionärer als die der deutschen Provinz! — und daß er dem allem ein Mäntelchen vom Bohemetum als musikalisches Genie umhängt."

Wenger hatte die Truhen zurückgelegt und die große geschnitzte Eichentruhe wieder verschlossen. Er trat unter den Lichterkreis des mittelalterlichen Lauchtweibchens und sah Raymund ruhig ins Gesicht: „Und wie stellt sich Melusine zu dem allen?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240109010/fragment/page=0002